



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/7356

**zur Änderung des Gesundheitsdienst- und
Verbraucherschutzgesetzes**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger u.a. CSU

Drs. 17/8079

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur
Änderung des Gesundheitsdienst- und Ver-
braucherschutzgesetzes
(Drs. 17/7356)
hier: Änderung des Gesetzes zur Ausführung
der Sozialgesetze;
Verordnungsermächtigung für die Verteilung
von unbegleiteten ausländischen Kindern und
Jugendlichen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Die Überschrift des Gesetzentwurfs wird wie folgt gefasst:
„Gesetzentwurf zur Änderung des Gesund-
heitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes
und weiterer Rechtsvorschriften“
2. Es wird folgender neuer § 3 eingefügt:

„§ 3

**Änderung des Gesetzes
zur Ausführung der Sozialgesetze**

Art. 65 des Gesetzes zur Ausführung der Sozi-
algesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006
(GVBl. S. 942, BayRS 86-7-A), das zuletzt
durch Art. 53a Abs. 2 des Gesetzes vom 17.
Juli 2015 (GVBl. S. 222), geändert worden ist,
wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender Abs. 1 eingefügt:

„(1) Die Staatsregierung wird ermächtigt,
durch Rechtsverordnung die Verteilung
von unbegleiteten ausländischen Kindern
und Jugendlichen einschließlich des dafür
nötigen Verfahrens näher zu regeln.“

2. Der bisherige Wortlaut wird Abs. 2.“
3. Der bisherige § 3 wird § 4.

Berichtersteller: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstellerin: **Kathrin Sonnenholzner**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für
Gesundheit und Pflege federführend zugewie-
sen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und
Finanzfragen und der Ausschuss für Arbeit
und Soziales, Jugend, Familie und Integration
haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf
endberaten.
Zum Gesetzentwurf wurde der Änderungsan-
trag Drs. 17/8079 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Ge-
setzentwurf und den Änderungsantrag Drs.
17/8079 in seiner 31. Sitzung am 29. Septem-
ber 2015 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Aus-
schuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zu-
stimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/8079 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme
in I. seine Erledigung gefunden.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/8079 in seiner 81. Sitzung am 13. Oktober 2015 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/8079 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/8079 in seiner 38. Sitzung am 22. Oktober 2015 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: kein Votum
 B90/GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/8079 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: kein Votum
 B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/8079 in seiner 40. Sitzung am 22. Oktober 2015 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 4 (bisher § 3) als Datum des Inkrafttretens der „1. November 2015“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/8079 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Kathrin Sonnenholzner
 Vorsitzende